



Unsere Kampffelder im Rahmen der antimonopolistischen Strategie

Leitantrag des Parteivorstandes an den 23. Parteitag der DKP

Vom 28. Februar bis 1. März 2020 findet der 23. Parteitag der DKP in Frankfurt am Main statt. Wir legen hiermit das zentrale Dokument mit dem Titel „Unsere Kampffelder im Rahmen der antimonopolistischen Strategie“ zur Diskussion in den Gliederungen der DKP vor. Wir erhoffen uns von dieser Diskussion die Qualifizierung des Antrags durch Debattenbeiträge und Änderungsanträge aus den Gliederungen. Wir werden dafür unter anderem eine Diskussionstribüne in der UZ eröffnen. Der Antragsschluss ist der 23. Dezember 2019.

Der Leitantrag steht in der Kontinuität des 22. Parteitages, der eine antimonopolistische Strategie unter heutigen Bedingungen definierte. Dabei gehen wir davon aus, dass die Arbeiterklasse weltweit und in Deutschland weiterhin mit einer anhaltenden Offensive des Monopolkapitals konfrontiert ist. Der 23. Parteitag soll mit der Diskussion um dieses Dokument konkrete Kampffelder beschreiben, an denen wir Bruchpunkte in dieser Offensive des Monopolkapitals für möglich halten. Solche Brüche stehen für die Möglichkeit, in einzelnen Kampffeldern die durchgängige Offensive des Monopolkapitals zu behindern, zu erschweren, eventuell zu durchkreuzen. Für die einzelnen Kampffelder wollen wir herausarbeiten, wie die Aktionseinheit der Arbeiterklasse hergestellt werden kann und welche Bündnismöglichkeiten mit anderen nichtmonopolistischen Schichten bestehen. Wenn möglich, wollen wir für die Kampffelder Forderungen und Losungen erarbeiten. In jedem Fall soll die spezifische Aufgabenstellung für uns Kommunistinnen und Kommunisten beschrieben werden.

Dieser Aufgabenstellung dient der vorliegende Leitantrag. Wir wünschen euch und uns konstruktive Debatten um das Dokument und einen Parteitag, der die DKP stärkt.

Der Parteivorstand wird neben dem Leitantrag ein Gesundheitspolitisches Programm, einen Antrag zur Internationalen Politik der DKP, Positionen der DKP zu Ökologie und Umweltschutz und möglicherweise Positionen der DKP zur Entwicklung in Ostdeutschland als Anträge an den Parteitag erarbeiten.

1 Antrag des DKP-Parteivorstandes an den 23. Parteitag der DKP,
2 28.2.2020 – 1.3.2020, Frankfurt am Main

3

4 **Unsere Kampffelder im Rahmen der antimonopolistischen Strategie**

5

6 Der 22. Parteitag hat die antimonopolistische Strategie der Kommunistinnen und
7 Kommunisten theoretisch begründet und bekräftigt. Er schätzte ein, dass die
8 Arbeiterklasse weltweit und in Deutschland mit einer anhaltenden Offensive des
9 Monopolkapitals konfrontiert ist. Das nächste strategische Ziel der Kommunistinnen
10 und Kommunisten ist es, diese Offensive in einzelnen Bereichen zu bremsen und zu
11 stoppen und längerfristig eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zu Ungunsten
12 des Monopolkapitals zu erreichen. Das meinen wir mit einer Wende zu Frieden und
13 Abrüstung, zu demokratischem, sozialem und ökologischem Fortschritt. Dabei gehen
14 wir davon aus, dass Fortschritte im Kapitalismus nicht dauerhaft gesichert werden
15 können und der Kampf für die sozialistische Umwälzung weitergeführt werden muss.
16 Mit diesem Dokument wollen wir Kampffelder bestimmen, in denen wir es für
17 möglich halten, dass sich die Arbeiterklasse punktuell aus der Defensive befreien
18 und die Offensive des Monopolkapitals durchkreuzen kann.

19

20 **Internationale Kräfteverhältnisse**

21 In den zwei Jahren seit dem 22. Parteitag bestätigte sich dessen Einschätzung, dass
22 die unüberwindlich scheinende Überlegenheit des imperialistischen Lagers Risse
23 zeigt. Die Offensive des Monopolkapitals verläuft weniger reibungslos.

24

- 25 • Die USA sind nach wie vor stärkste ökonomische, politische und militärische
26 Macht des imperialistischen Weltsystems. Ihre herrschenden Eliten sind
27 bestrebt, den Abstieg des US-Imperialismus als Hegemon einer unipolaren
28 Weltordnung aufzuhalten. Dem dient die Strategie der Eindämmung der
29 Volksrepublik China, der Russischen Föderation und anderer nach
30 selbstbestimmter Entwicklung strebender Staaten, die sich dem Diktat des
31 Imperialismus widersetzen. Kriege, Sanktionen, Sabotage, militärische
32 Einkreisung, Interventions- und Kriegsdrohungen sind Elemente dieser
33 Aggressivität. Von den USA, der bei weitem stärksten Militärmacht der Welt,
34 und dem US-geführten Militärbündnis NATO geht die Hauptkriegsgefahr aus,
35 einschließlich der Gefahr eines dritten Weltkrieges mit atomarer Bewaffnung.
- 36 • Kriege, die Zerstörung von Lebensgrundlagen und -perspektiven,
37 imperialistische Unterdrückung, Ausbeutung und kapitalistische Konkurrenz
38 töten Zehntausende, zwingen Dutzende Millionen von Menschen zu Flucht
39 und Migration. Der Imperialismus macht diese Menschen zum Spielball im
40 Klassenkampf. Er nutzt die von ihm verursachte Flucht und Migration zur
41 Destabilisierung von Ökonomien und zur Erhöhung der Konkurrenz unter den
42 Ausgebeuteten.
- 43 • Die VR China und die Russische Föderation sind im Wirken für friedliche
44 Koexistenz, für die Respektierung des Völkerrechts, für Kooperation statt
45 Konfrontation in einer multipolaren Weltordnung zusammengerückt und
46 stellen den Dominanzanspruch des Imperialismus ökonomisch, politisch und
47 militärisch zunehmend in Frage. Bei der Verteidigung der syrischen
48 Souveränität oder bei der Unterstützung Venezuelas gegen Putschversuche
49 des Imperialismus haben sie ihn zunächst ausbremsen können.

- Die EU unter Vorherrschaft des deutschen Imperialismus ist eng mit der NATO verzahnt. Unter deutscher und französischer Führung agiert sie aber auch eigenständig im Kampf um Einfluss in der Welt, zum Teil arbeitsteilig mit dem US-Imperialismus, zum Teil im Widerspruch zu ihm.
- Aufgrund von Konkurrenz und ungleichmäßiger Entwicklung der EU-Länder nehmen die inneren Widersprüche der EU zu. Sie bleibt in einen reichen Kern und eine ärmere östliche und südliche Peripherie gespalten. Die EU wird durch den Brexit geschwächt. Die Instabilität der Eurozone hält an. Frankreich und Deutschland als die Führungsmächte der EU rivalisieren miteinander und sind innenpolitisch angeschlagen. Davon zeugen in Frankreich die Gelbwestenbewegung und in der BRD die Krise der „traditionellen“ bürgerlichen Parteien. Insbesondere in Deutschland gelingt es aber weiterhin, die Arbeiterklasse, die teilweise ökonomisch von der führenden Rolle des deutschen Imperialismus profitiert, in das Projekt EU einzubinden.
- Der deutsche Imperialismus dominiert die EU und nutzt sie als Instrument zur Durchsetzung seiner Interessen. Die Expansion und Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Kapitals auf wichtigen Sektoren des Weltmarktes, insbesondere bei Zukunftstechnologien, verlangsamt sich allerdings und gerät zum Teil ins Stocken. Insbesondere mit den Umbrüchen in der Automobilindustrie ist das Risiko des Verlustes von zigtausend Arbeitsplätzen enorm gestiegen. Der Druck auf den Wert der Ware Arbeitskraft nimmt zu, die Ausbeutung wächst genauso wie die Kluft zwischen Arm und Reich.
- Wesentliches Moment der Strategie des deutschen Imperialismus ist die bewusste Einordnung in die NATO-Politik und die Kriegspolitik des US-Imperialismus. Entsprechend seines besonderen ökonomischen Gewichts strebt der deutsche Imperialismus einen größeren Einfluss innerhalb des Militärbündnisses NATO an und forciert die EU-Militarisierung. Das deutsche Monopolkapital bleibt trotz forcierter Aufrüstung im Windschatten des US-Imperialismus, um seine expansiven Interessen im Weltmaßstab durchzusetzen.

Die internationale Entwicklung, deren weiterer Verlauf noch nicht absehbar ist, birgt Gefahren durch die zunehmende Aggressivität des imperialistischen Lagers, aber auch Chancen für die Friedens- und antiimperialistischen Kräfte.

Die DKP agiert in erster Linie in diesem Land. Ihr Hauptadressat ist die deutsche Monopolbourgeoisie, der deutsche Imperialismus. Der Widerstand gegen die Macht des deutschen Monopolkapitals ist im Interesse aller Werktätigen in Europa und weltweit. Er ist internationalistisch, weil Erfolge der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen werktätigen Schichten in diesem Land den Spielraum des deutschen Imperialismus bei der Ausplünderung anderer Länder einschränken.

Streiks und außerparlamentarische Bewegungen haben in unserem Land in den vergangenen Jahren zugenommen. Im Gesundheitswesen und in der Altenpflege kämpfen Beschäftigte für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, für mehr Zeit für PatientInnen und Betreute. Im boomenden Internethandel wehren sich Teile der Beschäftigten gegen ihre prekäre Lage. In der Autoindustrie nimmt angesichts von Digitalisierung und Ablösung des Verbrennungsmotors durch Elektroantrieb die Angst in den Belegschaften zu, dabei unter die Räder zu kommen. Mieterinnen und

198 ØÆÁCOMBÉÅBÆÄJÓÄÄÆBÅÇKÁOMCBÅÖKÆÄÄBÅBÄÄYBËJÈÄÄBÅKÆÄGÄÄÓBÄÄKOMÄNBÄCNBÌÆÈÈCOMÄ
199 BÈEBÄÄ Þ BÆÄBGÆCÄÄBÄDÄ L NJÄBÄÄÖÓBÄÄÄZBÆÄ L BMÄMBÄÄÄBCÄSËNÌBCÄÖKÄÄØÄÄÆÄKÆÄÄÈÈÆÄ
200 CENÈBÄÄÖK L BÆÄJÓÄÄÆÄÆÈÆÄNBÄCÈKÈBÄØÆÄÖÄÄ L ÄCÈÆÆBÄBÈEBÄÄJÄEBÄÑÈOMBÆÄAKZBÆNÈNÈÄÈÌÆÈÄ
201 ØKÄÈNÄÄKÆÄÄKJÄÄBÄÄ Þ BÄFÄÇÈBCÄÌÆÆÆÄKÄÄÄBÄBÆÄÄÄCÄ L ÈÆÈNÈNÌÄNÈÄÄÄÄKÄOMÄBCBÄÖÄÄ
202 PBÄÄBÆFÄÇÄCÄMBÈZÄÄKOMGÄÄBÄBÄCÈOMPÖOMKÆÄÄBÄÄDÄJÄBÈBÄCÄÖÄÌBÄÄBÄÄÄBKÄCOMBÆÄ
203 L ÈÆÈNÈNÖÈKÄÄBÈÈCÈBÄÌÄÄBÄÄÈ L NBÄÄÄNÈCÄÈCOMBÆÄSÖÈÆÈÈCCBÄÝÄYÖQÄKÆÄÄØTÄÌÄÖKÄÖBJUÄÄBÄÈ
204 KÆÄÄ L ÈÄÄÄBÄÄEBÄCNBÌÆÈEBÄÄBCÄDÄ L NJBCÄK L ÄAKJÌÖÆÄÄKÆÄÄBÄÄ L ÈÄÄNÈBÄCOMÄJÄÄÖKÄ
205 ÈBÄÖÈÆÄBÆFÄUÆCÖBCÈÆÄBÄBÄBÈÆÄÝÄYQÈAKCÄÄÄÄÄÇBKÄCOMNÄÆÄCGÄÈBÄÖKÆÄBÆÄ L ÈÄÄÄBÄÄ
206 DÖÆÄÈÄKÆÄÄBCÄCÄÄÄÈÈÈEBÄKÆÄCÈBÄÄÄÄÄCÄÄKCIÖÆÄÈCOMBÄÄCÄÄBÄÈÌÄÖJÄBÄÈÆÄÄBÄÄSVÇGÄPÖÄBÄ
207 BÈÆÄCOMPBÄBÄÄCÈOMNÄÄÄJÓÄÄÄBÆÄU L NBÄÄÄNÈC L KCÄÈÆCÄBCÄ L ÄFÄQMÆBÄÈMÆÄPÈÄÄÄBCÄÌBÈEBÄ
208 Þ BÆÄBÄÖK L ÄTÄÈBÄBÆÄÄBÖBÆF

209
210 ÚÆÄÄÈBCB L ÄCÈÈÆÆBÄÌÈÆÖBÆÄÄÈBÄÄÄCÈOMÄÄÈBÄÇDEÄÄKJÄÄBÆÄ Þ ÈÄBÄCÄÄÆÄ&
211 ÄBÄBÆÄBÈEBÄÆBKBÄXÈOMÄÖCÄKÆÄÄ L ÈÄÄÄÈ L ÄÄBÆÄ L ÈÄÄBNCÄÄBOÌBÆÄÄÌBÄBÆGÄÄÈBÄCÈOMÄ
212 ÄBÄBÆÄVKCCNÄÆÄÄKÆÄÄÄÈBÄŠVÄYMEÆÄÄÄÈOMÄBÆ
213 ÄBÄBÆÄÄÈBÄÄKJÄÖCÄKÆÄCNNÖEBÄÄBÄÄSKÆÄBCÄBÄÈBÄKÆÄÄBÆÄCNÄBOMBÆÄÄÄBÄÄÝÄYQÈ
214 ŠÈÄÄÖBÄÈÈÈÄÄÄÈÈÖBÆÄÄÄBCÄSÜE
215 ÄBÄBÆÄÝÄYQÈÝÄKNNBÆÄÄÄÆCNÈÄÄBÄÄBÆÄVKCCNÄÆÄÄÄKÄOMÄÄÈBCBÄÜÄÆÄÄKÆÄÄÈBÄ
216 ÌÈÆÄÈÖÈBÄKÆÄÄBÄÄÄÄÖKÄBMUÄÈÄBÆÄUÆJÄÄCÄÄKÌÄKÄ
217 JÖÄÄÄÈBÄCÈOMNÈBZKÆÄÄÄNÄÄÄÝÄYQÈGÄØTÈÄKÆÄÄTÇÈ L ÈNÈÄÖÄÖCÄBÆÄKÆÄÄÈDÈ L LÄÆÄÈCÄ
218 KÆÄÄÄBÆÄÄÖÖKÄÄÄBÄÄTÇÈÄÄÈ L PÄJBÆÄÄÄKÄSÖOMBÌ

219 ÝÈÄPBÆÄÈÄÄJÓÄÄÄÈBÄÄÌÆÈÈCÈBÈMBÄÄÄBÄÄÄÄÖBÈBÄÄÌNÄCCBÄKÆÄÄÄÈBÄBÄÄ
220 ÄÆÄÈ L ÈÆÈNÈNÈCÄÈCOMBÄÄCÈOMÈOMÄBÆÄKÆÄÄDNÄCCBÆÄÈCÄÄÄÈBÄRKÄÖOÌPBÈCKÆÄÄÈÈÈÆÄŠBÄCKOMBÆGÄ
221 ÄÈBÄÌÆÈBÄBÆCÖBPBÄKÆÄÄÖKÄCNÄÄBÆÄÌÆÈÖÄKÆÄBÄÄÄB L ÄÇBOÌ L ÄÆÄBÄÄÄBÄÄSBÌÖ L NJKÆÄÄ
222 ÄÆÄBÖNÈOMBÄÄŠBÄCOMPUÄKÆÄCÄMBÈÈEBÄÈÄBÄÄÄB L ÄŠÈÄPKÄJÄBÈBÄÄÄ ^KBÄJÄÈÆÄÄFÄ
223 ŠÈÄÄKCCBÄÖKÆÄÄBÈEBÄÄPÈÄÌCÄ L BÆÄ L ÈÖÈNÈCÈBÄKÆÄÄJÓÄÄBÈEBÄ Þ BÆÄBÄÖK L ÄTÄÈBÄBÆÄÈCÄÄ
224 CÄÄÄÄÄBCCBÆÄÄÈBÄCÈÄ L LÄNKÆÄÄÄBÄÄBÆÈÄBÆÈÆÄÄBÆÄVBÈMBÆÄÄBÄÄÌÆÈBÄBÆCÖBPBÄKÆÄGÄÄÈBÄ
225 CÈOMÄÈÈ L ÄMBÄÄCOMBÆÄBÆÄÜÄÄBÄÄÄÖPBÆÄBÆÄKÆÄÄÖBÄBÈÄÄCÈÈÄGÄÄB L BÈCÄ L ÄÄBÄBÆÄDÄÈBÄGÄ
226 AKJÄÖCÄKÆÄÄKÆÄÄZÄÈZ L ÄOMÄCÄÄBÖBÆÄÄÌÆÈÈÖKÄPBÄÄBÆF

227
228 ÇBÄÄDÈÆCBÆCÄÄBÄÄÌÆÈBÄBÆCÖBPBÄKÆÄÄÈCÄÄKÆÄÄÄNÈBÈÖÄÄÄÝÈBÄPÈBÄBÄÄDÄÈBÄGÄÈBÄPÈBÄBÄÄ
229 ÌÄCOMÈC L KCÄFÄÇÄÖBÈÄÄBMÄÄÄÈBÄÇDEÄÄÌÆÈÈBÄCÈOMÄÈÄÄÄBÄJÖÄÄÌÄBKÆÄCOMÄJÄÄKÆÄÄ
230 ÄÆÄÈÈ L NBÄÄÄNÈCÄÈCOMBÄCÈÈÈÄÄÈÄÖÄÄ L ÈÄÄÄBÆÄŠUNÌBÄÆGÄÄÈBÄÈ L ÄTÄÄBÆÄÄBKÖÄÄBCÄ
231 È L NBÄÄÄNÈCÄÈCOMBÆÄÜÄÄBÄCÄCÄBMBÆÄÌÆÈCÖBCÈÆÄBÄBÄÄB L ÄÄKCCÈCOMBÆÄKÆÄÄÄOMÈÆBCÈCOMBÆFÄ
232

233 60 . ° ~ ı / fifl , / ı t z ° 3 ° ~ ı z t z & , ~ & t ° ~ ı . ° / # 5 " ı " z °

234
235 ÚÆÄÄBÄÄ L È L BÆÄÄÆBÆÄØÄÄNNBÄÄBÄÄQJJBÆCÈÈBÄÄBÄÄ L ÈÆÈNÈNBÄÄBÄBÆÄÄÈBÄÄÄÖBÈBÄÄÌNÄCCBÄ
236 KÆÄÄÄÆÄBÄBÄ Þ BÄÌÄÖÄÈÄBÄÄÄÄÄÄÈBÄYBÆÄBÆÖÄÄBÄÄ L ÈÆÈNÈNÖÈKÄÄBÈÈCÈBÄÖKÄÄVBÄÌÆÈÈÆÄÆÄOMÄ
237 ÈÆEBÆÄÈ L LBÄÄÄBKÄNÈOMBÄÄÖKÄYÄÄBFÄÄÆÄBCÈOMÄCÄÄBÄÄCÈOMÄÖKCNÈÄÖBÆÄBÆÄ Þ ÈÄBÄCNÄÖOMBÄÈ L Ä
238 ÈÆÄBÄÆÄÄÈÈÆÄÄNBÄDÈÈÌKÄÄBÆÖÈÄKÆÄÄDNÄCCBÈÌÄ L NJÄÈBÆÄÄCÈBÄÄÖKÄÄÄNBÄÄBCBÄÄCOMÄJÄÄNÈOMBÆÄ
239 SBÄBÈOMBÄKÆÄÄÈÈÄBÆÄÈÄNBÄJÖÄÄÄÈBÄÄÖCÈOMBÄKÆÄÄÈMÄBÄÄÈÄÈJÈÈÆÄÄBÄBCCBÆÄÖKÄ L ÈÖÈNÈCÈBÄBÆÄ
240 KÆÄÄÈMÆBÆÄKÆÄBÄÖKÈÄÄBÆÆFÄÝBÖBÆÄÄBÆÄ L ÈNÈÄÖÄÈCOMBÆÄCÄÄÄÄC L ÈÆÈNÈNÈCÄÈCOMBÆÄØÈÄÄÈJBÆ
241 ÄÈÖÄÄBCÄJÈÄNÈOMÄÄKOMÄÄÈBÄÄÈÄBÌÄBÆÄÄÆÄÄJBÄÄKJÄÄÈBÄÄB L ÈÌÄÄÄÈCOMBÆÄVBOMÄBFÄ
242 ØÆÄÄBÄBÆÄÄBÄÄÈÄÈNÄÄÄÆÄÄÄBCÄÄCOMNÄÈÌBÆÄÈÄÄÄÄBCÄÄÄÄKOMÄÄÄÈBÄÄ L ÈÆÈNÈNÖÈKÄÄBÈÈCÈBÄ
243 ÄBÆÄÈÄÄÄÄÄ L BMÄÄÄBÆÆÄÄB&

244
245 CÈÄÄÄÄC L ÈÆÈNÈNÈCÄÈCOMBÄØÈÄÄÈJBÄPÈBÄSÄÈÌBÆÄBÄÄKÆÄCCOMÈÄ L BGÄÄÄCÄÄPÖNÖBÆÄ
246 ÄBÄÄDÈCÄBÆÄÄBCÄT L ÖÄKCÄÄBÄÄUÆÄKÄÄÈBGÄÖK L ÄSBÈCNÈBÄÄBÄÄÄKÄÈ L ÈÖÈNÈÈÄKÄÄÈBGÄ

296 Wirtschaft und Gesellschaft erlangt. Das betrifft Bereiche, die noch vor
297 einigen Jahrzehnten zu den wirtschaftlichen Kernaufgaben des Staates in der
298 BRD zählten. Insbesondere das im Grundgesetz verankerte Recht auf
299 demokratische Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden wird zunehmend
300 außer Kraft gesetzt.

301

302 Die DKP sieht im Kampf gegen Privatisierungen einen wesentlichen Hebel, die
303 sozialen und demokratischen Interessen des arbeitenden Volkes gegen die
304 Offensive der Monopolbourgeoisie zu verteidigen und gleichzeitig in diesem Kampf
305 Widerstand gegen die Monopole zu formieren – vor allem auf kommunaler Ebene.
306 Die DKP wendet sich dabei gegen jede Form der Privatisierung, inklusive der
307 Umwandlung von öffentlich-rechtlichen in privatrechtliche Unternehmen im Besitz
308 öffentlicher Körperschaften, mit entsprechenden Profitinteressen.

309

310 Für einen sozialen und demokratischen Fortschritt misst die DKP der öffentlichen
311 Wirtschaftstätigkeit und der gezielten Ausweitung des öffentlichen Eigentums an den
312 Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Hauptproduktionsmittel eine
313 entscheidende Bedeutung bei. In diesem Sinne setzt sich die DKP für
314 Verstaatlichungen von Betrieben ein – unter der Maßgabe, dass sie einhergehen mit
315 einer wirksamen Mitbestimmung und Kontrolle durch die Belegschaften, Gewerkschaften
316 sowie die Bürgerinnen und Bürger. Verstaatlichungsmaßnahmen, insbesondere
317 Entschädigungsregelungen, dürfen nicht zu einer zusätzlichen Bereicherung der
318 Monopole führen.

319

320 **Der Kampf für die Verteidigung demokratischer Rechte**

321 Der Angriff auf demokratische Rechte durch die politischen Vollstrecker der
322 Monopole begleitet die BRD seit ihrer Gründung. Genauso lang ist der Kampf der
323 Arbeiterbewegung dagegen und zur Verteidigung ihrer Eingriffsmöglichkeiten im
324 Klassenkampf: Vom Kampf gegen das KPD-Verbot und die Wiederbewaffnung über
325 den Widerstand gegen die Notstandsgesetze bis zur Volkszählung und dem Kampf
326 gegen neofaschistische Organisationen. In der momentanen Etappe setzen die
327 Monopolvertreter verstärkt auf staatliche Repression und geistige Manipulation, um
328 jeglichen Widerspruch gegen die Monopoloftensive zu unterbinden. Bestandteile
329 dieses reaktionären Staatsumbaus sind:

330

- 331 • Die Einschränkung des Streikrechts unter anderem durch das
332 Tarifeinheitsgesetz, des Versammlungs- und Demonstrationsrechts durch die
333 Ausweitung von Polizeibefugnissen und der Meinungs- und Pressefreiheit
334 unter anderem durch Zensurmaßnahmen in sozialen Medien
- 335 • Der Ausbau der Exekutivorgane, insbesondere die Militarisierung der
336 Polizeikräfte und das Absenken der Hemmschwelle zum Einsatz der
337 Bundeswehr im Inneren. Dies beinhaltet auch eine Tendenz zur
338 Verselbstständigung der Geheimdienste, des Militärs und anderer
339 Exekutivorgane gegenüber den Parlamenten und ihren Kontrollinstanzen
- 340 • Die Einschränkung der Befugnisse der Parlamente durch das Umgehen
341 parlamentarischer Beschlüsse auch bei Kriegseinsätzen und Eingriffe in das
342 Budgetrecht der Länder und Kommunen durch die sogenannte
343 Schuldenbremse oder Vorgaben der EU

344

Die DKP verteidigt alle Reste der im Grundgesetz verankerten Volkssouveränität und Grundrechte und bekämpft dessen Aushöhlung. Die DKP setzt sich in diesem Sinne für eine wirksame Beteiligung der arbeitenden Menschen bei allen wichtigen politischen Entscheidungen in Betrieb und der Gesellschaft in Form von Volks- oder Bürgerbegehren und der Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung ein.

Die DKP wendet sich gegen die Militarisierung nach Innen unter dem Deckmantel der „Terrorbekämpfung“, die sich gegen breite Bevölkerungsteile richtet, die sich gegen die Offensive der Monopole stellen könnten. Die DKP wendet sich ebenso gegen die geistige Manipulation durch private und staatliche Medien, die durch Verbreiten von Völkerhass, Rassismus, Chauvinismus und Antikommunismus eine psychologische Kriegsmobilisierung betreiben.

Zusammen mit dem Widerstand gegen neofaschistische Organisationen und dem Ringen um Frieden sieht die DKP in der Abwehr des reaktionären Staatsumbaus eine Hauptaufgabe im antifaschistischen Kampf.

3. Für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen

Der Angriff der Monopolbourgeoisie auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zur Sicherung steigender Profite ist umfassend. Der grundlegende Klassenwiderspruch bleibt der zwischen Kapital und Arbeit. Die Ausbeutungsrate der Ware Arbeitskraft steigt weiter. Charakteristisch sind der steigende Druck auf Löhne, die Intensivierung der Arbeit und längere Arbeitszeiten auf der einen Seite und das Herausdrängen aus dem Arbeitsprozess und Dauerarbeitslosigkeit auf der anderen Seite. Um die Ausbeutungsrate optimal und ungehindert zu steigern, setzt die Monopolbourgeoisie insbesondere auf die Spaltung der Arbeiterklasse.

Der schlimmste Angriff der letzten Jahrzehnte waren die Agenda-Gesetze, die von SPD und Grünen durchgesetzt wurden. Sie haben die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verschärft und Massenarmut – vor allem auch bei Kindern, Frauen und Alten – hervorgebracht. Das Normalarbeitsverhältnis, also unbefristete Verträge mit Vollzeit, wurde massiv zu Gunsten von befristeten Verträgen, Leih- und Werkverträgen zurückgedrängt. Ein riesiger Bereich von Billigjobs ist entstanden. Ein großer Teil der Werk tätigen ist dauerhaft aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen. Immer mehr Menschen werden „abgehängt“ und sind trotz Arbeit ergänzend auf Arbeitslosengeld II angewiesen. In besonderem Maß ist die Jugend von dieser Entwicklung betroffen. Ein großer werdender Teil wächst ohne jede Perspektive auf.

Nach der Entrechtung von Erwerbslosen werden Flüchtlinge als Lohndrücker missbraucht. Merkels angebliche Politik der offenen Grenzen im Sommer 2015 war nicht im Interesse der Flüchtlinge, sondern im Interesse der Banken und Großkonzerne. Fachkräfte und gut ausgebildete Arbeitskräfte vor allem aus Afrika und dem Nahen Osten, aber auch gering Qualifizierte zum Beispiel aus ärmeren Ländern der EU-Peripherie sind willkommen. Sie werden zum Beispiel im Gesundheitswesen zu Niedriglöhnen und zu miesen Arbeitsbedingungen angeworben. Diese neokoloniale Politik – geregelt im Fachkräftezuwanderungsgesetz – blutet die Herkunftsländer aus, weil dort Fachkräfte abgezogen werden. Gleichzeitig erhöht sie den Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen in diesem Land. Flüchtlinge und Migranten werden als

395 Druckmittel gegen die einheimischen Beschäftigten instrumentalisiert. Rassismus
396 und das Erstarren rechter Bewegungen sind das Ergebnis. Sie werden bewusst
397 gefördert, um von den Verursachern der Ausbeutung abzulenken, und fungieren als
398 Reserve im Rahmen des reaktionären Staatsumbaus.

399

400 Zu einem beispiellosen Raubzug kam es nach der Konterrevolution auf dem Gebiet
401 der DDR. Die Produktion des Industriesektors brach zwischen 1989 und 1991 um 70
402 Prozent ein. Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie – aber auch der
403 Landwirtschaft – sank um 80 Prozent. Insgesamt hat sich das Beschäftigungsniveau
404 innerhalb dieser drei Jahre halbiert. Diese beispiellose Deindustrialisierung hat eine
405 erdrutschartige Verarmung in der ostdeutschen Arbeiterklasse und die Abwanderung
406 Hunderttausender bewirkt.

407

408 Hinzu kam die Vertreibung der gesamten DDR-Eliten aus Militär, Verwaltung,
409 Forschung und Wissenschaft. Bis heute sitzen ab einer bestimmten Hierarchiestufe
410 in der Verwaltung wie im Kolonialstil ausschließlich Westdeutsche. Die
411 Lebensleistung ganzer Generationen wird verleumdet durch Antikommunismus und
412 Delegitimierung der DDR. Die festgeschriebene Renten- und Tarifungleichheit und
413 die aktive Auslöschung jeglicher positiver Erinnerungen an die DDR führen dazu,
414 dass sich die Menschen im Osten als deutsche Bürger zweiter Klasse fühlen.

415

416 Diese bewusst hervorgerufenen Spaltungslinien sichern Extraprofiten und erschweren
417 den Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen ebenso wie
418 weltanschauliche Unterschiede. Zu den Spaltungsmechanismen gehört auch die
419 Ideologie der Sozialpartnerschaft. Sie suggeriert eine Identität von Interessen der
420 Arbeiterklasse mit den Interessen der Kapitalisten. Diese Ideologie hat in der
421 Arbeiterklasse Deutschlands großen Einfluss bis tief in die Gewerkschaftsbewegung.
422 Von entscheidender Bedeutung im Kampf um eine Wende zu sozialem Fortschritt ist
423 hingegen die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Sie zu befördern und
424 Spaltungstendenzen entgegenzutreten ist Aufgabe der DKP. Ihr entscheidender
425 Kampfplatz ist der Betrieb und die betriebliche Auseinandersetzung um bessere
426 Arbeits- und Einkommensbedingungen.

427

428 Die DKP orientiert ihre Mitglieder und Gliederungen darauf, die Bemühungen um die
429 Verankerung in den Betrieben und den Gewerkschaften zu erhöhen und
430 insbesondere das Ringen um die Erhöhung der Anzahl der Betriebs- und
431 Branchengruppen fortzusetzen. Perspektivisch geht es auch um die
432 Wiederverankerung in der industriellen Produktion. Die Großbetriebe der
433 industriellen Produktion haben nach wie vor eine Flaggschiff-Funktion für Kämpfe
434 und das Bewusstsein der gesamten Arbeiterklasse.

435

436 Das zweite Standbein der Arbeiterpolitik der DKP ist die Kommunalpolitik. Die Städte
437 und Gemeinden sind der wesentliche Ort der Reproduktion der Ware Arbeitskraft
438 und zugleich der Ort für die Monopolbourgeoisie zur Steigerung ihrer Profite vor
439 allem durch Angriffe auf die öffentliche Daseinsvorsorge. Die DKP orientiert ihre
440 Mitglieder und Grundorganisationen darauf, die Menschen in den Städten und
441 Gemeinden gegen Ausgrenzung und das Abwälzen der Krisenlasten, gegen den
442 Kahlschlag in allen Bereichen und Privatisierungen zu mobilisieren und mit ihnen
443 aktiv zu werden.

444

445 Schnittstellen zwischen der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und der
446 Kommunalpolitik, wie der Kampf um den Erhalt und Ausbau der öffentlichen
447 Daseinsvorsorge, haben eine zentrale Bedeutung. Zwischen den Beschäftigten und
448 den Interessen der Werktätigen und antimonopolistischen Schichten und Klassen
449 besteht eine grundsätzliche Interessenidentität auf kommunaler Ebene. Desto
450 besser die finanzielle Ausstattung und Personalsituation in Kitas, Krankenhäusern,
451 Schwimmbädern, Bürgerämtern oder Verkehrsbetrieben, desto besser lebt die
452 Bevölkerung vor Ort.

453
454 Kämpfe um die kommunale Daseinsvorsorge sind damit ein Hebel für die
455 Herausbildung antimonopolistischer Bündnisse. Die besten Voraussetzungen für die
456 Formierung von Widerstand, der die Perspektive hat, über Teilkämpfe
457 hinauzuweisen, sehen wir im Gesundheitswesen, dem Bereich des Bildungs- und
458 Erziehungswesens und in der Auseinandersetzung um einen ausreichenden und
459 bezahlbaren Personennahverkehr.

460
461 **Unsere Schwerpunkte in Betrieb, Gewerkschaften und Kommune**
462 Im Bereich der Arbeiterpolitik in Betrieb, Gewerkschaften und Kommune sehen wir
463 heute folgende Bereiche, in denen es in den kommenden Jahren zu entscheidenden
464 Auseinandersetzungen für eine Wende zu Frieden und Abrüstung, zu
465 demokratischem, sozialem und ökologischem Fortschritt kommen kann:

466
467 **Für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich**
468 Im Verhältnis zu seiner hohen Produktivität ist Deutschland ein Niedriglohnland.
469 Neben dem Kampf um Löhne und Gehälter und einen gesetzlichen Mindestlohn von
470 15 Euro ist der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit das entscheidende
471 Kampffeld, um dieses Verhältnis zu ändern. Die DKP setzt sich für eine
472 Arbeitszeitverkürzung auf zunächst 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und
473 Personalausgleich ein.

474
475 **Für eine Rente, die zum Leben reicht**
476 Die zunehmenden prekären Beschäftigungsverhältnisse führen direkt in die Armut
477 und entziehen der gesetzlichen Rentenversicherung Milliarden. Die herrschende
478 Klasse und ihre Politik reagieren mit Rentenkürzungen und der Erhöhung des
479 Rentenalters. Die DKP setzt sich ein für die sofortige Erhöhung der Renten auf
480 mindestens 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens, ein Absenken des
481 Renteneintrittsalters, eine wesentliche Verbesserung der Erwerbsminderungsrente,
482 die sofortige Angleichung der Ost- an die West-Renten sowie eine weitaus größere
483 Beteiligung des Kapitals an der Finanzierung.

484
485 **Für mehr Personal im Gesundheitswesen**
486 Die bewusst völlig unzureichende Finanzierung des Gesundheitswesens über
487 Budgets und Fallpauschalen, sowie die restriktive Investitionskostenfinanzierung
488 durch die Bundesländer und die Zerschlagung des Gesundheitswesens in der DDR
489 haben viele öffentliche Krankenhäuser in die Privatisierung getrieben. Seit 1985
490 haben sich riesige Krankenhauskonzerne entwickelt, die mit ihrem Profitstreben alle
491 Akteure im Gesundheitswesen unter enormen ökonomischen Konkurrenzdruck
492 setzen, auf Kosten von Personal und PatientInnen. Der Pflegenotstand führt zu
493 massiver Überlastung der Pflegenden und gefährdet Gesundheit und Leben der
494 PatientInnen.

“ ° ” **Für den Erhalt der natürlichen Lebensbedingungen**
“ ° ” Die sich der Menschheit durch Klimaveränderung stellenden Herausforderungen
“ ° ” machen tiefgreifende und umfassende Maßnahmen vor allem im Verkehrswesen
“ ° ” und in der Energiebereitstellung und ihrer Speicherung notwendig. Der Staat
“ ° ” begegnet diesen Herausforderungen mit dem Bestreben der Absicherung der
“ ° ” Verwertungsbedingungen insbesondere der Großkonzerne, der Entwicklung von
“ ° ” Technologieführerschaft als nationalem Standortvorteil sowie dem Abwälzen von
“ ° ” Umstrukturierungskosten auf die werktätige Bevölkerung.

“ ° ” Die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung wird somit zur doppelten Belastung für
“ ° ” die Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ist es, die mangels individueller
“ ° ” Schutzmöglichkeiten unter den Auswirkungen der Klimaveränderung besonders
“ ° ” leidet, und sie ist es, der die Kosten für die Umstellung zum Beispiel auf andere
“ ° ” Energieträger – zum Beispiel in Form der CO₂-Steuer - aufgebürdet wird,

“ ° ” **Für eine nachhaltige Verkehrspolitik**

“ ° ” Allein durch die Wiederinstandsetzung und den konsequenten Ausbau des
“ ° ” öffentlichen Personenverkehrs und die Verlagerung des Güterverkehrs auf die
“ ° ” Schiene ließen sich 20 Prozent der in den Klimaschutzziele geforderten CO₂-
“ ° ” Reduzierung in Deutschland erreichen.

“ ° ” Durch die Privatisierungspolitik der letzten Jahrzehnte ist das System Schiene
“ ° ” kaputtgespart worden. Im Interesse des Monopolkapitals wurde der
“ ° ” Individualverkehr gefördert und Güter- und Personenverkehr auf die Straße
“ ° ” verlagert. Das Umstellen des Individualverkehrs auf E-Mobilität verbessert die
“ ° ” Situation nicht, sondern ist eine Ressourcenverschwendung, die der Profitsicherung
“ ° ” dient.

“ ° ” Die DKP setzt sich für die Umwandlung der Deutschen Bahn AG und der privaten
“ ° ” Eisenbahnverkehrsunternehmen in eine einheitliche öffentlich-rechtliche
“ ° ” Unternehmensform ein und fordert die Finanzierung des Ausbaus des Öffentlichen
“ ° ” Personennahverkehrs in kommunaler öffentlicher Trägerschaft sowie des Regional-
“ ° ” und Fernverkehrs. Nötig sind die Instandsetzung der Schieneninfrastruktur durch ein
“ ° ” öffentliches Investitionsprogramm und die Wiederinbetriebnahme und
“ ° ” Instandsetzung der stillgelegten etwa 6500 Streckenkilometer insbesondere im
“ ° ” ländlichen Raum und in Ostdeutschland.

“ ° ” **Für eine Energiewende**

“ ° ” Eine Energiewende ist global und national notwendig. Eckpunkte sind die langfristige
“ ° ” Abkehr von der Verbrennung fossiler Brennstoffe und das Zurückdrängen der
“ ° ” Energiegewinnung aus atomarer Kernspaltung. Das geht nur, wenn die
“ ° ” Energieversorgung global und national nicht länger als Ware behandelt wird. Das gilt
“ ° ” genauso für Emissionen und Abfälle der Energieproduktion. Deshalb muss der
“ ° ” Kampf vor allem um das Zurückdrängen des Einflusses und der Macht der
“ ° ” Energiekonzerne geführt werden. Sie haben die Verantwortung für die Zerstörung
“ ° ” der Umwelt und müssen für die Folgen zahlen.

“ ° ” Kernpunkt der Energiewende ist die Vergesellschaftung der Energiekonzerne. Die
“ ° ” Dividenden, die in den letzten zehn Jahren ausgezahlt wurden, sind zu
“ ° ” beschlagnahmen, solange es sich bei den Empfängern nicht um kommunale

"/" Haushalte oder Klein- und Belegschaftsaktionäre handelt. Dieses Geld und das
"/" Vermögen der Konzerne ist in einen nationalen Energiefonds zu überführen, unter
"/" anderem um Forschung und den Einstieg in die Vorrangstellung nichtfossiler und
"/" nichtatomarer Energiequellen zu bewerkstelligen.

"/"

fifi Die DKP setzt sich für einen gesetzlichen Preisstopp unter demokratischer Kontrolle
fi und letztlich für die kostenlose Grundversorgung mit elektrischem Strom ein. Energie
fi gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge.
fi

fi°

fi° **Kräfte im Kampf um eine Wende und die Aufgaben der DKP**

fi"

fi Der Kampf um eine Wende zu Frieden und Abrüstung, zu demokratischem, sozialem
fi und ökologischem Fortschritt wird auf den erbitterten Widerstand der aus- und
fi inländischen Monopolbourgeoisie stoßen. Somit kann eine solche Wende nur das
fi Ergebnis eines ebenso erbitterten antimonopolistischen Widerstands sein. Die Kräfte
fi dieses Widerstandes setzen sich aus allen Klassen und Schichten zusammen, die
fi im zunehmenden Widerspruch zu den Monopolinteressen stehen: Arbeiter und
fi Angestellte, Beamte, Ingenieure und Wissenschaftler, Lehrer und Künstler,
fi Kleinbauern, Handwerker und Gewerbetreibende; zu ihnen zählen in ihren
fi spezifischen Ausprägungen die Auszubildenden genauso wie Schüler und
fi Studenten. Zentrale Aufgabe der DKP ist es zu helfen, dieses Bündnis auf
fi Grundlage der objektiven gemeinsamen Gegnerschaft zur Monopolbourgeoisie zu
fi formieren, zu verstetigen und voranzutreiben.

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

fi

792 Ƶ ÉÁÁBNICOMÉOMÁBÆÁĀBĀĀĀÓBÉÁBĀ Ĩ NĀCCBÆÆÆMĀBĀĀCÈŌËĀNBÆĀŪĀĀBĀĀÆFĀÆĀBĀBĀCBEĀCĀKÆĀBĀNĒBĀBÆ
793 CĒBĀĒ L L BĀĀĀĀKJĀCĀĒBĀCMĒJJĀKÆĀBÆĀKÆĀĀĀĀ L ÉĀĀĀB L Ā P KÆCOMGĀĀKJĀĀĒBĀCEBĒĀĀBCĀ
794 Ƶ ÈĒÈNĒ Ĩ ĀNĒĀĀNCĀP BOMCBŊÆĀŌKĀ Ĩ UÆÆBÆFĀĀKOMĀĀĒBCĀJŌMĀĀĀĀĀŌKĀĀĀCCĀĀĀÓBÉÁBĀGĀ
795 AÆĀBCĀBNĀBĀKÆĀĀĀKCŌKŌĒĀBÆĀBĀĒÆĀSBĀĀĒBŌBÆĀĀBĀĀCBŊŌCĀCĀŌÆĀĒBÆĀ Ē ÉĀÁBNICOMÉOMÁBÆĀŌK L
796 ŸBĒĀŌBCĒÆĀBĀCĀ Ĩ ĀĀCCBÆĀ Ĩ ÈĀ L BÆĀĀBĀĀĀKCŌBKĀKÆĀĀĀKCĀBCBĀŌĀĀCÈÆĀFĀÇĒCBĀŌĀĀMĀKÆĀBÆ
797 ŌBMĒÆĀBĀÆĀĀĀCĀÆĒĀP BÆĀĒBĀĀB L BĒÆCĀ L BĀĀĀĒBĀBÆĀĀBĀBÆĀĀĀCĀ Ƶ ÈĒÈNĒ Ĩ ĀNĒĀĀNFĀ

798
799
800
801
802
803
804
805
806

ÇĒBĀÇDEĀCĒBMĀĀÈŌĀBĨĀÉĒĀBĒÆBĀPĀOMCBÆĀBĀŪÆĀBĀBCCBÆĒÆBÆĀĒŌĀĀÈÈÆĀ Ƶ ÉĀÁBNICOMÉOMÁBÆĀKÆĀĀ
ĀĀÓBÉÁBĀ Ĩ NĀCCBÆĀ L ĀDĀ L NJĀĀBĀBÆĀĀÆĀĀĒJBĀĀBĀĀ Ƶ ÈĒÈNĒŌĒKĀĀBĒÈCĒBĀÇĒCBĀŌBĀĀĒĀĀŌK L Ā
SBĒCNĒBĀĀĒBĀÓBĀBĒĀCĀŌBCOMĀĒBŌBÆBÆĀSBĀBĒOMBĀĀBĀĀ VBNĀĒĒK Ĩ ĀÉÆCCNMŌĀBGĀĀNCĒĀDŌ L NJBĀ
ĀBĀBÆĀĀĒBĀŌÆĀBĒÆĀKÆĀĀUJJBÆĀNĒOMBÆĀŌĒBÆĀK L CGĀEBĀCĒÆĀNÆĀCĀŌÆĀBĀĒBĀĀDŌĀŌKÆĀBÆĀ
ÈĀBĀĀŠBĀĀBKĀKÆĀBÆĀ Ĩ ÈĀ L KÆĀNĀBĀŪBĒCĀKÆĀBÆFĀÇĒCBĀĀÆ Ĩ ÆŌNJKÆĀCNKÆ Ĩ ĀBĀJŌĀĀBĒÆĀ
ĀÆĀÈ L ÈĒÈNĒÈCĀÉCOMBCĀSŌÆĀĒÆCĀŌÆĀBĀÆĀÆOMĀCĀĀÆĀĀB L ĀCĒŌËĀNBÆĀ Ž BĀBÆCĀĀŌĀŌKĀĀ
ĀĀÓBÉÁBĀ Ĩ NĀCCBF

Die Bürgerinnen und Bürger auf dem Gebiet der DDR

807 ÇĒBĀSŌĀĀBĀÆÆÆBÆĀKÆĀĀSŌĀĀBĀĀĀKJĀĀB L Ā ŽBŌÉBĀĀĀBĀĀÇÇVĀŌĒŪBÆĀĀKJĀĀKÆĀĀĀBĀĀ
808 MÉCĀĒÆCOMBÆĀSBCĒÆĀBĀMBĒĀGĀĀBĀĀXBĀĀKCŌĒĀKÆĀĀBĒÆBĀĀCÈŌËĀNĒCĀÉCOMBÆĀŸĀĒÈÆĀÈ L ĀQCĀBÆĀ
809 ÇBKĀCOMNĀÆĀCGĀBĒÆĀŌBCĒÆĀBĀBĀDĀĀJĀĀÈ L ĀDĀ L NJĀK L ĀBĒÆĀĀÆĀÈ L ÈĒÈNĒÈCĀÉCOMBCĀSŌÆĀĒÆC
810 ÇĀŌBÉĀĀBMĀĀBCĀÆĒOMĀĀĀKĀĀK L ĀĀĒBĀĀĀÓBÉÁBĀ Ĩ NĀCCBÆĀ L ĀQCĀBÆĀĀBĀĀ VBNKŌNĒ Ĩ FĀ P BĒĀBĀŸBĒĒBĀ
811 ĀBĀĀŪÆĀBŊNĒÆBÆŌĀĀKJĀĀB L Ā ŽBŌÉBĀĀĀBĀĀÇÇVĀĒBĀJŌBÆĀŌŌBĀĀK L JĀÆĀĀBĒOMBĀDBÆĀĒÈCCBĀĀBC
812 Ƶ ĀĀĒÈC L KCĒÛBÆĒÈC L KCĀKÆĀĀŌĀJĀMĀKÆĀBÆĀŌBĒ L ĀĀKJŌĀKĀBĒÆBCĀCÈŌËĀNĒCĀÉCOMBÆĀCĒĀĀĀBCĀ
813 ĀKJĀĀBKĀCOMB L ĀSĒĀBÆFĀÇĒBĀĀÓBÉÁBĀ Ĩ NĀCCBĀĀBĀĀÇÇVĀĒBĀJŌĀĀŌŌBĀĀĒÆBĀŌĀJĀMĀKÆĀGĀŌBĒĀ
814 DĒÆĀĒÈNĒBĀŌŌBĀĀĒBĀBÆĀCOMBĒÆĀBÆĀÆĀĒĀK Ĩ ĀÈÆC L ÉĀÁBNĀĒBĀ Ž BCOMÉŌ Ĩ BĀĀBĀ ŽBCBŊCOMĀJĀĀ
815 ÈÆĀBĒÆB L Ā Ƶ ĀZBĀŌKĀĀBCĀĀĀNĀBÆGĀĀĀCĀBĒÆBÆBKĀ Ĥ KĀNĒĀŌĀĀÆĀÇB L È Ĩ ĀĀĒBĀKÆĀĀ
816 Ō L ĀÆŌNĀĒÈÆĀĀĀCĀBNĀFĀĀNĒBÆĀSŌĀĀBĀÆÆBÆĀKÆĀĀSŌĀĀBĀÆĀBĀĀÇÇVĀĀB L BĒÆĀCĀĀĀCĀ
817 ŌĀNBŌBÆĀBĒÆĀĀXBĒ L ĀĀĀĀCĀĀBNĀŌĀĀĀCĀĀĀKĀOMĀĀÆĀJĀCOMÉCĀÉCOMBĀKÆĀĀJĀĒBĀNĒOMBĀ
818 ŌÆĀPĒŌ Ĩ NKÆĀFĀÇĒCBĀĀŌĀJĀMĀKÆĀCCOMĀĀŌĀ L BMĀBĀBĀĀ Ž BÆBĀĀĒÈÆBÆĀMĀĀĀĀKOMĀ
819 ĀKCPĒĀ Ĩ KÆĀBÆĀĀKJĀĀBÆĀSBPKCCĀCBĒÆCĀĀÆĀĀBĀĀĀKÆĀBÆĀ Ž BÆBĀĀĒÈÆGĀĒBĀCBŊŌCĀĀÆOMĀĀÆĀ
820 ĀBĀĀÇÇVĀĀKJĀBPĀOMCBÆĒÈCĀF

821
822
823
824
825
826
827
828
829
830
831
832
833
834
835

ŠBĀCĀŌĀ Ĩ ĀĀKÆĀĀĀBNĀĒĒKŌĒBĀĀPĒĀĀĀĒBCĀCĒBNĊKÆĀĀĀBĀĀSŌĀĀBĀÆÆBÆĀKÆĀĀSŌĀĀBĀĒÈ L ĀQCĀBÆĀ
ÇBKĀCOMNĀÆĀCĀĀKĀOMĀĒĒBĀ L ÉĀĀBĀĀDĒÆĀBĀĀBĒÈNKĀÈÈÆĀBĒÆCĒBĀŌBÆĀBÆĀKÆĀĀŌCĀMBKĀBĀ
ĀÆMĀNĀBÆĀBÆĀ Ƶ ĀZÆĀM L BÆĀĀBĀĀPBCĀĀBKĀCOMBÆĀ Ē ÈĒÈNĒŌŌKĀĀBĒÈCĒBĀĀBĀBÆĀĀĒBĀ
SBĒÛ Ĩ BĀKÆĀĀÈÆĀQCĀĀBKĀCOMNĀÆĀĀKÆĀĀEMĀBÆĀCĒĀĀĀFĀŌÆĀBĀÇBÆĀĀKĀĀĒNĒCĒBĀKÆĀĒÈ L Ā
PĒĀCOMĀJĀNĒOMBÆĀĀK L ĀZĀBĒÆBCĀDĀĒBĀBCCĀĀĒBĀĀŪZĀBĀŌÆĀBĒÆĀKÆĀĀÈÈÆĀŠĒ Ĩ CBĒBÆĀK L ĀÈÆ
ĀBĀĀĀBKĀCOMBÆĀ ŸŌM Ĩ ĒBĀCĀBCOMÉOMĀBGĀĀĀCĀŌCBĀŌBÆĀĀBĀĀŌNĒBÆĀĀBĀĀÇÇVĀĀĀKĀOMĀ
PBCĀĀBKĀCOMBĀ L ÉĀĀBÆĀCNĀBOMBÆĀBĀNĒÈNĒÈCĀCOMBĀĀKÆĀĀĒBĒÈNĒÈCĀCOMBĀĀKĀCĒOMĀKÆĀĀ Ĩ ĀĀNĀ
ĀĀCĀMĀĀĀĀCĀŠBĀĀĀĀKBÆĀĀBĀĀSBĒÛ Ĩ BĀKÆĀĒÈ L ĀQCĀBÆĀÈÆĀĀBÆĀĀBKĀCOMBÆĀŪ L NBĀĒNĒC L KCĀÈÆĀ
PBĒBÆĀŸBĒNĒÆĀĀOMMĀNĀÈĀŌBĀCĀŪĀFĀÇĒOMĀĀĀÈŌĀĀBĀĀÇB L ŌĀÈĀKÆĀĀÈÆĀ Ĩ ÈĀ L Ā
ÈBĀCOMĒBĀBÆCĀBĀĀĀĀBÆĀĀBĀĀCÈŌËĀNBÆGĀNĒÈNĒÈCĀCOMBÆĀKÆĀĀĒBĒÈNĒÈCĀCOMBÆĀÇĒ Ĩ ĀÈ L ÈÆĒBĀKÆĀĀÈCĀ
BCĀĀBĀĀ Ƶ ÈĒÈNĒŌŌKĀĀBĒÈCĒBĀĀÆOMĀĀĀBNĊKÆĀBÆGĀĒBĀ Ƶ BÆCOMBÆĀĀKJĀĀB L Ā ŽBŌÉBĀĀĀBĀĀÇÇVĀ
NĒÈNĒÈCĀCOMĀKÆĀĀ L ÉĀĀNĒCOMĀÈÆĀĒBĀDÆĒBĀŌKĀŌPĒÆĀBÆF

836 ÇĀCĀŪÆĀBĀBCCBĀĀBĀĀ Ƶ BÆCOMBÆĀÈ L ĀQCĀBÆĀĀBĀĀ VBNKŌNĒ Ĩ GĀĀÈBĀÈÈ L Ā Ƶ ÈĒÈNĒ Ĩ ĀNĒĀĀNĀ
837 ŌBPKCCĀĀMBĀŌBÉĀBĀJŌMĀĀBĀĀĀ L KĀCŌÈÆBĀŌKĀŌŌBĀPĒÆĀBÆGĀJŌNĀĀKÆ L ÉĀÁBNŌĀĀĀŌKCĀ L L BÆĀ L ÉĀĀ
838 ĀB L ĀŪÆĀBĀBCCBĀĀBĀĀĀBCĀ L ĀBÆĀĀBKĀCOMBÆĀĀĀÓBÉÁBĀ Ĩ NĀCCBĀŌKĀĀŠBĀĀBĒÈÆĀKÆĀĀEMĀBĀĀ
839 CÈŌËĀNBÆĀVBOMĀBFĀÇĒBĀÇDEĀŌBĀĀBĒĀĀĒBĀŪĀBÆĀÈJĒŌBĀKÆĀĀÈĒBNĀĀÈCĀĀBKĀCOMBĀĀ Ƶ BÆCOMBÆĀ
840 L ÉĀĀBĀĀÇÇVĀKÆĀĀĀĀĀKĀĀBCKĀNĒBĀBÆĀBĀXĀNĀKÆĀBÆĀŌK L ĀCÈŌËĀNĒC L KCĀÈĀBĀĀŌK L Ā
841 Ĩ ĒBĀBÆC Ĩ Ā L NJĀĀNCĀXĒŪBĒÈ L ĀDĀ L NJĀĀBĀBÆĀĀÆĀÈ Ĩ ÈĀ L KÆĒC L KCĀKÆĀĀÈÆĀĀBĀĀ Ƶ ÈŌĒÈCĒBĀKÆĀ

842 gegen die wachsende Kriegsgefahr. Im Kampf um die Rechte und die Würde der
843 ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger sieht die DKP eine Grundvoraussetzung für
844 eine Wende. In diesem Sinne ist der Kampf um das Erbe der Deutschen
845 Demokratischen Republik ein Bestandteil des ideologischen Klassenkampfes zur
846 Überwindung der Hegemonie der Monopolbourgeoisie und der Einleitung einer
847 Wende zu Frieden und Abrüstung, zu demokratischem, sozialem und ökologischem
848 Fortschritt.

849
850 **Die DKP im Ringen um das antimonopolistische Bündnis**
851 Die DKP misst ihre Rolle im Klassenkampf daran, inwieweit es ihr gelingt, geduldig,
852 rücksichtsvoll und lernend um die Schaffung der Aktionseinheit und das
853 antimonopolistische Bündnis in unserem Land zu ringen. Sie leitet diesen Anspruch
854 aus ihren Erkenntnissen des historischen und dialektischen Materialismus
855 angewandt auf den heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus auf internationaler
856 und nationaler Ebene ab. Dabei ist die DKP sich ihrer organisatorischen und
857 theoretischen Unzulänglichkeiten bewusst, alle Abschnitte des heute stattfindenden
858 Klassenkampfes adäquat zu erfassen. Zusammen mit der ideologischen Schulung
859 misst die DKP deshalb dem politischen Kampf und dessen theoretischer Reflexion
860 einen hohen Stellenwert zu.

861
862 In diesen politischen Kämpfen respektieren und achten die Mitglieder der DKP
863 verschiedene Zugänge und weltanschauliche Meinungen. Sie ringen im Interesse
864 der Gesamtbewegung darum, Meinungsunterschiede durch das Hervorheben der
865 gemeinsamen Interessen im Kampf gegen den Hauptgegner der momentanen
866 Etappe produktiv aufzuheben. Der Aufbau eines antimonopolistischen Bündnisses,
867 sei es auch nur vorübergehend, und die Schaffung der Aktionseinheit der
868 Arbeiterklasse sind dabei zwei Seiten eines gleichzeitig zu führenden
869 Klassenkampfes unserer Zeit. Hierin sieht die DKP ihre Hauptaufgabe und auch den
870 Schlüssel zu ihrer organisationspolitischen Stärkung. Dieses Land braucht mehr
871 denn je eine starke Deutsche Kommunistische Partei.



„75 Jahre Tag der Befreiung“

Als T-Shirt (Damen und Herren)
oder Rucksack (Gymbag)

Jetzt im uz-shop!

Tel 0201 17788923
Info@unsere-zeit.de

uzshop.de

